

NIEDERSCHRIFT Nr.: 7/S

über die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 29.04.2020, um 17:35 Uhr

7. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 17:35 Uhr

Sitzungsende: 17:56 Uhr

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Herr Robert Bücking
Frau Jasmina Heritani
Frau Bettina Hornhues
Herr Carsten Meyer-Heder
Herr Dr. Volker Redder
Herr Harald Rühl
Frau Kerstin Selinski-Spohler
Herr Volker Stahmann
Herr Ingo Tebje
Herr Falk-Konstantin Wagner
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Frau Staatsrätin Ahlers
Herr Brunßen
Frau Frese
Frau Jansen
Herr Dr. Kühling
Herr Sengstake

Frau Stellmacher
Herr Stührenberg
Frau Wessel-Niepel
Herr Staatsrat Wiebe
Herr Tschupke

Gäste

Herr Peters (SWH)

Abg. Weiss eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil – in Form einer Videokonferenz. Er weist eingangs darauf hin, dass die erforderlichen Beschlussfassungen im bekannten Umlaufverfahren gefasst würden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten. (Die Abstimmungsergebnisse sind bei den einzelnen Tagesordnungspunkten dokumentiert.)

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 6/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit - öffentlicher Teil - vom 04.03.2020

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenbericht zum 31.12.2019**

Vorlage Nr. 20/082-L/S

Senatorin Vogt gibt einen kurzen Ausblick vor dem Hintergrund der Corona-Krise. So gebe es aktuell keine Rückzüge von entschiedenen Ansiedlungs- und Investitionsentscheidungen bzw. Flächenreservierungen. Eine Reduzierung sei aber bei neuen Projekten zu erwarten; vor allem die nationale oder internationale Investorenakquise leide unter der krisenbedingten Reiseproblematik. So erwarte sie im Bereich der Gewerbeflächenvermarktung für das nächste Jahr ein Ergebnis unter dem aus den letzten Jahren erreichten Vermarktungsdurchschnitt von ca. 31 ha. Für Bremen bedeute das aktuell noch mehr, sich als verlässlicher Partner zu erweisen, das Standortmarketing zu verstärken und auf allen Kanälen zu verbreitern und die Bestandspflege zu fokussieren. Sie erwartet in der Gewerbeflächenvermarktung einen ähnlichen Effekt wie nach der Finanzkrise 2008/2009. Damals wurden bereits 2012 wieder Höchststände in der Gewerbeflächenvermarktung erzielt. Daher müssten die eingeleiteten Maßnahmen und Weiterentwicklungen bei Gewerbeflächen auch im Hinblick auf das Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 stringent verfolgt werden.

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** zur Finanzierung der WFB bei rückläufigen Grundstückserlösen erklärt sie, dass sie dies zum Gegenstand der Haushaltsberatungen machen werde; insbesondere vor dem Hintergrund der Bewältigung der Corona-Krise und der Dienstleisterfunktion für das Ressort in der aktuellen Lage sollte die WFB aus Haushaltssicht neu bewertet werden.

Beschluss:

Die städtische staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sonder-

vermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt die Zwischenberichte zum 31.12.2019 zur Kenntnis.

TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt

Zwischenbericht zum 31.12.2019

Vorlage Nr. 20/089-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2019 zur Kenntnis.

TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt

Qualifizierung von öffentlichen Grünflächen

Bewilligung von Planungsmitteln

Vorlage Nr. 20/093-S

Abg. Bücking erklärt zum Hintergrund der Bewilligung dieser Planungsmittel, dass die Grünanlagen Hilde-Adolf-Park und Franz-Pieper-Karree (FPK) in der Überseestadt einer Umgestaltung bedürfen und die Grünanlagen auch um Spielflächen erweitert werden sollen. Insbesondere die Anlage FPK halte er vor dem Hintergrund der aktuellen Anforderungen grundsätzlich für missglückt; sie sei geplant und angelegt worden, als die Überseestadt als reines Gewerbegebiet geplant gewesen sei. Er betone den Zusammenhang der Umgestaltung der Grünanlage mit der Umgestaltung und Weiterentwicklung der Überseestadt im Großmarktumfeld und den hiermit im Zusammenhang stehenden Überlegungen zur „neuen Mitte Überseestadt“. Daher sollte die Beauftragung der Planung über eine Beteiligung der baupolitischen Sprecher erfolgen.

Herr Dr. Kühling bestätigt, dass der geschilderte Wunsch nach einer Beteiligung bekannt sei und sagt eine Beteiligung zu. Er führt weiter aus, dass nach der Aussage des Bauresorts die Anlage eines Spielplatzes am FPK keine negativen Auswirkungen auf eine „neue Mitte“ haben werde.

Dep. Dr Redder hält die vorgesehenen Mittel von 740.000 € vor dem Hintergrund des finanziellen Gesamtvolumens für relativ hoch, begrüßt aber im Grundsatz die Anlage von Grünanlagen in parkähnlicher Form.

Abg. Wagner unterstreicht die Bedeutung der Grünflächen für die Überseestadt und die Anwohnerschaft; daher werde die Korrektur des dysfunktionalen Zustandes der beschriebenen Flächen von der Anwohnerschaft sehnsüchtig erwartet. Vor dem Hintergrund der starken Interessenslage im Stadtteil bittet er um Details zum Beteiligungsverfahren.

Herr Dr. Kühling führt aus, dass die Planungsmittel auch die Kosten für die umfangreichen Beteiligungsverfahren einschließen; die Summe basiere auf den Erfahrungswerten vergleichbarer Projekte in den vergangenen Jahren. Wie die Beteiligungsverfahren genau aussehen würden und wie dafür Corona-gerechte Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten, sei noch nicht abzusehen; sowohl in diesem wie auch in anderen Projekten fahre man diesbezüglich auf Sicht. Auf Nachfrage des **Abg. Wagner** führt er weiter aus, dass die Ausschreibung europaweit erfolgen müsse; erfahrungsgemäß sollte bis zum Sommer 2020 ein Planungsbüro gefunden sein.

Abg. Bücking präzisiert seine Bitte nach frühzeitiger Beteiligung der baupolitischen Sprecher. So sollten diese die Planungsziele bereits frühzeitig besprechen, nicht um anstelle des Beirates zu entscheiden, sondern um die Struktur des Auftrages im Gesamtkontext der Überseestadt in den Blick zu nehmen.

Herr Dr. Kühling führt hierzu aus, dass die Präzisierung von Planungsaufträgen nach der Mittelfreigabe üblicherweise originäre Aufgabe der Verwaltung sei. Eine Beteiligung der politischen Gremien bei der Erstellung von Planungsgrundlagen einer Spielplatzanlage wäre kein übliches Verfahren.

Abg. Stahmann teilt den Wunsch, die Gebietsentwicklung ganzheitlicher zu denken, gibt aber zu denken, dass die Weiterentwicklung der Grünanlagen ein expliziter Wunsch auch aus dem Stadtteil sei; daher lehne er zusätzliche, verzögernde Verfahren und Prozesse ab.

Abg. Bücking unterstreicht, das FPK erfülle seine Funktion nicht, sei missglückt und stelle schon deswegen ein ernsthaftes Problem für die Überseestadt dar. Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob eine Umgestaltung des FPK Probleme für eine Entwicklung einer „neuen Mitte Überseestadt“ schaffe. Er strebe daher eine verbindliche Vereinbarung mit dem Ressort über eine frühzeitige Einbindung an.

Herr Dr. Kühling verweist auf das Urheberrecht, das nicht auszuhebeln sei und bei Veränderungen am FPK berücksichtigt werden müsse. In Bezug auf den Hilde-Adolf-Park sei diesbezüglich eine Verabredung mit dem Landschaftsarchitekten getroffen worden; für das FPK sei eine solche Verabredung nicht zustande gekommen. Inhaltlich teile er die Anmerkungen des Abg. Bücking, doch vor dem geschilderten Hintergrund sei das FPK für die Verwaltung kaum anders beplanbar.

Abg. Bücking bekräftigt, dass es seine Zustimmung erst nach einer entsprechenden Beteiligungszusage des Ressorts geben werde.

Abg. Wagner schlägt vor, das Ressort biete entsprechende Gespräche mit dem Abg. Bücking an.

Staatsrat Wiebe sagt Gespräche mit dem Abg. Bücking zu. **Abg. Bücking** hält dies für einen guten Weg.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt der Finanzierung der Planungen zur Weiterqualifizierung der Grünanlagen „Hilde-Adolf-Park“ sowie „Franz-Pieper-Karree“ mit Kosten in Höhe von 740.000 EUR zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Gruppe MRF.

An die Deputation

TOP 5 Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice

- Jahresbericht 2019 -

Vorlage Nr. 20/096-L/S

Abg. Meyer-Heder bemerkt einen verzögerten Mittelabfluss im Bereich Digitalisierung und bittet um Erläuterung der Ursachen, die möglicherweise ja im Projektmanagement liegen könnten.

Staatsrat Wiebe weist darauf hin, dass ein ganz überwiegender Teil der Projekte nicht in der Verantwortung des Wirtschaftsressorts stehe. Das Wirtschaftsressort sei mit einem Projekt in der Abteilung für Gewerbe- und Marktangelegenheiten beteiligt, mit dessen Fortschritten das Ressort grundsätzlich zufrieden sei, auch wenn es kleinere Probleme durch die Beteiligungsverfahren oder technische Verfahren gebe.

Dep. Dr. Redder hält die erreichten Sachstände im Bereich der elektronischen Zahlverfahren und im Terminmanagement mindestens für irritierend. **Staatsrat Wiebe** möchte keine Aussagen zu (Teilen von) Projekten anderer Ressort treffen; allerdings bestätigt er, dass es für ein Terminmanagement auch in der Abteilung 5 längere Abstimmungsprozesse mit den Mitbestimmungsgremien gegeben habe.

Frau Wessel-Niepel führt weiter aus, dass die Implementierung eines Terminmanagements ein wesentlicher Schwerpunkt des Digitalisierungsprojektes in der Abteilung gewesen sei; inzwischen sei mit den Mitbestimmungsgremien ein Probelauf für sechs Monate vereinbart worden. Sie gehe davon aus, dass das Terminmanagement in wenigen Wochen an den Start gehen werde. Die Gewerbemeldungen würden bereits seit 2018 als Onlinedienstleistungen angeboten, was in der aktuellen Krisensituation sehr hilfreich sei. Das E-Payment sei ein zentrales Projekt des Finanzressorts, das mit der GeoInformation einen ersten Piloten gestartet habe. Die Vorbereitung sei mit einem hohen zeitlichen Aufwand verbunden gewesen und inzwischen sei das nächste Pilotprojekt für die Abteilung 5

mit dem Finanzressort vereinbart. Somit könnten die Verfahren von der Anmeldung bis zur Bezahlung vielfach online abgewickelt werden. In den Ressorthaushalt seien für die Digitalisierungsmaßnahmen 150.000 € jährlich eingestellt worden. Für die Fortsetzung der Digitalisierungsprojekte in der Abteilung 5 stellt sie einen Sachstandsbericht in einer der nächsten Sitzungen in Aussicht.

Abg. Frau Hornhues bittet, das Delta zwischen Plan- und Ist-Werten für den Bereich des Prostituiertenschutzgesetzes zu erläutern.

Frau Wessel-Niepel erklärt, dass die Planwerte auf Schätzungen des Innenressorts basierten. Vielfach wechselten die im Prostitutionsgewerbe tätigen Personen aber ihren Wohnort, sodass sie dann schon mit einer Anmeldung aus anderen Bundesländern in Bremen ankämen. Ähnliche sehe es für die Betriebserlaubnisse von Prostitutionsstätten aus. Insgesamt seien die Schätzungen zu hoch angesetzt gewesen.

Dep. Dr. Redder fragt, wogegen sich die Einwände der Mitbestimmungsgremien im Bereich der Digitalisierungsprojekte wendeten.

Frau Wessel-Niepel verweist auf das übergeordnete System des zentralen Terminmanagements des Finanzressorts, zu dem es eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem GPR und dem Finanzressort gebe. Allerdings hätten die örtlichen Mitbestimmungsgremien auch eine Vielzahl von weitergehenden Regelungen in einer örtlichen Dienstvereinbarung und ein zum vorliegenden Datenschutzkonzept für das Gesamtsystem zusätzliches örtliches Datenschutzkonzept gefordert. Inzwischen sei aber eine Verständigung über den Start des 6-monatigen Probelaufs und die Erarbeitung weitergehender Regelungen und Vereinbarungen für den Regelbetrieb erreicht worden. Der Probelauf werde von der Abteilung evaluiert und vom Personalrat eng begleitet.

Beschluss:

Die städtische Deputationen für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Jahresbericht 2019 zur Kenntnis.

TOP 6 Integriertes Verkehrskonzept (IVK) Überseestadt

Sachstandsbericht zur geplanten Straßenbahn in der Überseestadt

Vorlage Nr. 20/069-S

Abg. Meyer-Heder regt an, auch einen Ringbusverkehr in der Überseestadt ins Auge zu fassen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7 Masterplan Entwicklungsgebiet Vorderes Woltmershausen

Bericht zum Stand der Planung

Vorlage Nr. 20/078-S

Dep. Dr. Redder begrüßt das Vorhaben grundsätzlich und regt an, ergänzend einen zusätzlichen Durchstich von der Senator-Borttscheller-Straße zum Lankenauer Höft zu prüfen; dieser könnte seines Erachtens mit geringen Kosten realisiert werden und trüge zur verstärkten Erschließung des Naherholungsziels Lankenauer Höft bei.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Masterplan für das Vorderes Woltmershausen zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die in ihrer fachlichen Zuständigkeit liegenden Schritte zur Umsetzung der Masterplanung vorzubereiten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe MRF.

TOP 8 Novellierung der Baustandards Bremen

Technische Standards für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben im Hochbau bremischer öffentlicher Bauherren und Zuwendungsempfänger

Vorlage Nr. 20/085-L/S

Staatsrat Wiebe erläutert auf Nachfrage des Abg. Weiss, die Vorlage sei vom Senat an die Ressorts mit der Bitte überwiesen worden, die Zustimmung der Deputationen einzuholen.

Abg. Weiss signalisiert die Enthaltung der CDU-Fraktion.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Novellierung der Baustandards Bremen zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe MRF sowie bei Enthaltung der Fraktion der CDU.

TOP 9 Ergebnisse der Umlaufverfahren vom 20.03.2020, vom 19. - 26.03.2020, 27.03.2020 und 08.04.2020

Vorlage Nr. 20/095-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Ergebnisse des Umlaufverfahrens vom 19.03. – 26.03.2020 zu den Vorlagen

- Vorlage Nr. 20/079-L/S
„Aufstellung der Haushalte 2020 und 2021 für die Produktpläne Wirtschaft und Arbeit“
und
- Vorlage Nr. 20/080-L/S
„Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land); Aufstellung der Wirtschaftspläne 2020/2021 sowie der Finanzpläne 2022/2023“ und
- Vorlage Nr. 20/081-S
„Sonstiges Sondervermögen Überseestadt; Aufstellung der Wirtschaftspläne für 2020/2021 sowie der Finanzpläne für 2022/2023“;
zur Kenntnis.

Zur Beschlussfassung der Vorlage 20/079-L/S gibt die CDU-Fraktion zu Protokoll:

Die CDU-Fraktion betont, dass Sie das Verfahren zur Beschlussfassung über die Anträge nach § 32 Abs. 1 OBG (Haushaltsanträge der Beiräte) für unzureichend und damit die Haushalte für die Produktpläne Wirtschaft und Arbeit für nicht ordnungsgemäß aufgestellt hält. Gemäß OBG müsste die Deputation über jeden einzelnen Beiratsantrag einzeln und in der Sache abstimmen. Die Anträge sind aber in Anlage 6 vom Ressort jedoch alle auf „Kenntnisnahme“ gestellt. Eine Abstimmung in der Sache war deshalb im Umlaufverfahren nicht möglich. Deswegen gibt die CDU-Fraktion zu den einzelnen Beiratsanträgen folgendes Votum zu Protokoll: Zustimmung zu den Anträgen Nr. 1-6, 9, 11 sowie 13-16; Kenntnisnahme der Anträge Nr. 7, 8, 10 und 12

TOP 10 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die Sitzung/Videokonferenz der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020			Stand: 12.05.2020					
Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen EFRE-Mittel aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel								
Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾					
Achse 1 - Innovation ⁴⁾	48.140.858	52.747.780	25.686.352					
Achse 2 - KMU	15.347.163	14.406.750	10.501.570					
Achse 3 - CO2	18.543.844	15.155.131	5.243.809					
Achse 4 - Stadtentwicklung	16.868.633	12.700.050	12.928.272					
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	5.724.610					
Programm insgesamt	103.021.352	99.130.565	60.084.612					
¹⁾ Gesamtmittel inkl. leistungsgebundener Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Die EU-Kommission hat am 09.01.2020 die beantragte Zuteilung der leistungsgebundenen Reserve in die Achse 2 und 4 genehmigt.								
²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).								
³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.								
⁴⁾ Durch die letzten Beschlüsse ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Soweit notwendig, wäre auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.								

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft und Arbeit Anlage 2 in der 19. Legislaturperiode (Stand: 29.04.2020)

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
2.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	
3.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	12.02.2020	Abg. Tebje	½ jährlich, (zuletzt: 12.02.2020)
4.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
5.	Vorstellung Projektträger und -arbeit im Rahmen des BAP (anlässlich d. Beratung von 20/021-L)	30.10.2019	Abg. Frau Dr. Müller/Dep. Rühl/Abg. Weiss	
6.	Sanktionssituation in den Jobcentern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. November 2019	20.12.2019 12.02.2020	Abg. Tebje	½ jährlich, (erstmals: 24.04.2019)
7.	Berichterstattung Runde Tische „Strategie für Innovation, Dienstleistungen und Industrie Land Bremen 2030“	anl. 20/061-L 12.02.2020		29.04.2020
8.	Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen Stadt, Grundstücksankauf im Gewerbegebiet Seindamm (20/075-S), Bitte um Sachstandsbericht	04.03.2020	Abg. Frau Hornhues	29.04.2020